

Die Not der Flüchtlinge



Aus diesem Transitzentrum im bayerischen Manching könnte bald ein „Ankerzentrum“ werden – Psychologen warnen schon jetzt vor solchen Unterkünften.

STEFAN FUCHNER/DPA

Der ignorierte Tod

Immer wieder nehmen sich Geflüchtete in Deutschland das Leben – das Bundesinnenministerium findet es tragisch, will aber weiter nichts davon wissen

Von Viktor Funk

Die Behördensprache ist nüchtern: Es seien „im Vorfeld keine Anzeichen für Eigen- oder Fremdgefährdung oder Risikofaktoren, die auf einen Suizid hindeuten können, erkennbar gewesen. Jedoch sei der Verstorbene am Tag ihres Todes mitgeteilt worden, dass ihr Antrag auf Asyl- oder Asylbewerberstatus abgelehnt worden sei...“. Es geht um eine 17-jährige Frau aus Eritrea, die im Februar 2017 in Sachsen Suizid begangen hat.

Der vermutlich jüngste wahrscheinliche Suizid eines Flüchtlings in Deutschland ereignete sich in der Nacht zum 1. Mai in Apolda, Thüringen. Ein junger Mann aus dem Irak starb. Das zuständige

Ausländeramt teilt dazu auf Anfrage mit: „Ja, es wird bestätigt, dass es am 1. Mai 2018 einen Unglücksfall in einem Wohnheim in Apolda gab, in dessen Folge ein junger Iraker ums Leben kam. Wir bitten jedoch um Verständnis, dass aufgrund der noch laufenden Ermittlungen keine näheren Auskünfte gegeben werden können.“

Erfasst werden die Fälle bundesweit nicht

Nach FR-Informationen hatte die Polizei in der internen Tageslage von einem Suizid gesprochen. Auffällig: Nur wenige Tage zuvor hatte eine junge Eritreerin, für die ebenfalls das Ausländeramt Apol-

da zuständig war, sich und ihr Kleinkind getötet.

Wer versucht herauszufinden, ob sich die Suizide unter Flüchtlingen in Deutschland häufen, ob sie in einzelnen Bundesländern oder Kreisen überdurchschnittlich oft vorkommen, findet nur wenige öffentliche Informationen. Die Linkspartei und die Grünen versuchen in einigen Bundesländern durch parlamentarische Anfragen das Thema auszuleuchten. So verweist Hamburg auf Anfrage auf die entsprechenden parlamentarischen Auskünfte dazu: Demnach haben in der Hansestadt in den vergangenen drei Jahren zwei Flüchtlinge Suizid begangen, rund 40 haben wiederum versucht, sich das Leben zu neh-

men. In Hessen ergab eine Kleine Anfrage der Linken, dass allein im vergangenen Jahr sich vier Flüchtlinge umgebracht und 70 einen Suizidversuch unternommen hatten.

Bayern hat ausführlichere Daten – aber keine erfreulichen. Im vergangenen Jahr töteten sich 25 Flüchtlinge, 2916 waren es elf, 2015 sieben. Suizidversuche gehen in die Hunderte, auch sie steigen. Vergleichen ließen sich die Daten aber nicht, sagt der Sprecher des bayerischen Innenministeriums. Der Anstieg der Fälle hänge mit einer größeren Anzahl der Asylsuchenden zusammen. Bei den meisten Betroffenen handelt es sich um Afghanen, zeigt die Statistik.

In anderen Bundesländern dagegen gibt es keine Informationen dazu. Baden-Württemberg teilt zum Beispiel mit: „In der Polizeilichen Kriminalstatistik Baden-Württemberg werden Suizide und Suizidversuche nicht erfasst. Daten zu Suiziden oder Suizidversuchen unter Flüchtlingen erheben wir nicht.“

Für das gesamte Bundesgebiet kann das Bundesinnenministerium nicht zur Aufklärung beitragen. Nach mehrfachem Nachfragen heißt es: „Jeder einzelne Suizid oder Suizidversuch ist tragisch. Diesem Thema muss mit einer angemessenen Suizidprävention begegnet werden, was eine gesonderte Erfassung und Aufschlüsselung von Suizidfällen nach der Frage der Flüchtlingszugehörigkeit (oder allgemein nach der Frage der Herkunft, Ethnie, Religion etc.) vorzunehmen.“ Warum es nicht sinnvoll ist, die Daten zu erheben – auf diese gestellte Frage geht das Innenministerium nicht ein.

Andere halten das Thema aber für so relevant, dass sie die Daten schon seit 25 Jahren sammeln. Der Berliner Verein Antirassistische Initiative legt in Kürze seinen 25. Bericht zur Gewalt gegen Geflüchtete und auch zu Suiziden und Suizidversuchen vor. In der Dokumentation heißt es, dass es in den Jahren 2015–2017 unter Flüchtlingen insgesamt 71 Suizide gegeben habe, darunter neun Fälle in Abschiebehaft. Bei Suizidversuchen hat der Verein Kenntnis

Eine Initiative trägt Daten online zusammen

Andere halten das Thema aber für so relevant, dass sie die Daten schon seit 25 Jahren sammeln. Der Berliner Verein Antirassistische Initiative legt in Kürze seinen 25. Bericht zur Gewalt gegen Geflüchtete und auch zu Suiziden und Suizidversuchen vor. In der Dokumentation heißt es, dass es in den Jahren 2015–2017 unter Flüchtlingen insgesamt 71 Suizide gegeben habe, darunter neun Fälle in Abschiebehaft. Bei Suizidversuchen hat der Verein Kenntnis

von 2528 Fällen. In der Dokumentation wird jeder einzelne Fall aufgelistet, online sind sie auf einer Deutschlandkarte verzeichnet: www.ari-dok.org

„Wir dokumentieren das, weil es häufig passiert, und weil es ganz klar politische und gesellschaftliche Ursachen dafür gibt“, erklärte eine Sprecherin des Dokumentationsprojektes. Die Selbsttötung sei schließlich das extremste Mittel eines verzweifelten Menschen.

Es ist zu befürchten, dass die Dokumentationsarbeit noch lange nicht abgeschlossen sein wird. Psychotherapeuten, die mit Flüchtlingen zusammenarbeiten, warnen, dass die vom Innenminister Horst Seehofer (CSU) geplanten Flüchtlingslager – „Ankerzentren“ – die psychischen Probleme vieler Geflüchteter verstärken würden. In Bayern werden solche Massenunterkünfte schon seit etwa zwei Jahren forciert. Doch die Zentren belasten nicht nur die Flüchtlinge, sondern wirken auch als Angstverstärker auf die deutsche Gesellschaft, mahnt Silvia Schriebers von der Bundesweiten Arbeitsgemeinschaft Psychosozialer Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer (siehe Interview auf dieser Seite).

In der Bundesregierung kommt zumindest bei der SPD etwas Bewegung bei diesem Thema auf. Burkhard Lischka und Lars Castellucci, zuständig für Flüchtlingspolitik, wollen das Datenloch schließen. Für psychische Prävention „ist es sicherlich auch hilfreich, umfangreich statistische Gesundheitsdaten zu erheben. Dass dies bislang bei Suiziden und Suizidversuchen offenbar nur rudimentär und auf Länderebene geschieht, ist ein Mangel, der im Rahmen einer grundsätzlich zu bessernden Datenerhebung bei Geflüchteten behoben werden sollte“, teilen beide Politiker auf Anfrage in einer gemeinsamen Erklärung mit.

Deutlicher wird das schon die Oppositionspolitikerin Ulla Jelpke (Linke). „Daten zu Suiziden von Geflüchteten müssen unbedingt bundesweit erfasst werden. Meine Vermutung ist, dass es sich nicht um wenige Einzelfälle handelt, sondern um ein systematisches Problem. Darauf deuten auch Recherchen unabhängiger Stellen hin und ich kenne auch aus meiner eigenen Praxis solche Fälle. Solange es aber keine validen Daten gibt, werden Bund und Länder die Ahnungslosen spielen und das Problem ignorieren.“

HILFE

Wegen möglicher Nachahmer berichten Medien über Suizide nur in Ausnahmefällen. Menschen, die unter Depressionen leiden oder selbst Suizidgedanken haben, erhalten unter der Telefonhotline 0800/111 0 111 oder 0800/111 0 222 rund um die Uhr kostenlos Hilfe. FR

Artikel online verfügbar unter: <http://www.fr.de/politik/flucht-zuwanderung/die-not-der-fluechtlinge-der-ignorierte-tod-der-fluechtlinge-a-1519741>